BP 103

STADT OVERATH , Bebauungsplan Nr. 103

"Overath - Marialinden, Alter Sportplatz"

M. 1 : 500

TEIL A: PLANZEICHNUNG

WA 1	
0,3	I
a	E
DF: SD,WD	DN: 35 - 45°

WA 2	
0,4	II
a	ED
DF: SD,WD	DN: 30 - 45°

Kartengrundlage

Sportplatz Marialinden

Gemarkung Oderscheid

Flur 18

Vermessungsbüro Zimmermann & Töpfer

Angefertigt, Riberath, den 22.08.2001

Geschz.Nr. 01299-Plan

N

RECHTSGRUNDLAGEN ZUM BEBAUUNGSPLAN

- Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141), zuletzt geändert durch Artikel 1 G v. 24.06.2004 (BGBl. I S. 1359)
- Verordnung zur Durchführung des BauGB vom 07.07.1987 (GVBl. S. 330), zuletzt geändert durch Verordnung vom 09.05.2004 (GVBl. S. 482)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 12.02.1990 (BGBl. I S. 205), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie und zur Anpassung weiterer Gesetze vom 27.07.2001 (BGBl. I S. 1950)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 G v. 22.04.1993 (BGBl. I S. 466) zur Klarstellung von Inhalt/Umfang und Verwendung von Normbauplänen vom 03.02.1995 (BGBl. I S. 486)
- Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 20.12.1976 (BGBl. I S. 3574) i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.03.1987 (BGBl. I S. 889), zuletzt geändert am 25.03.2002 (BGBl. 2002 I S. 1193)
- Bauordnung Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 01.03.2000 (GV NW S. 268) geändert durch Gesetz vom 09.05.2000 (GV. NW. S. 456)
- Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NW. S. 926)

GEOMETRISCHE EINDEUTIGKEIT

Es wird bestätigt, daß die Darstellung mit den amtlichen Katasterunterlagen übereinstimmt und die Festlegung der städtebaulichen Planung einwandfrei ist.

..... den .....

BETEILIGUNG DER BÜRGER

Die Beteiligung der Bürger an der Bearbeitung gem. § 3 (1) BauGB ist am 28.05.2002 durchgeführt worden.
Die Bürgerinformation gem. § 3 (1) BauGB hat am 20.05.2002 stattgefunden.

Overath, den 15.12.04 — Bürgermeister

OFFENTLICHE AUFLEGUNG

Die Öffentliche Auflegung gem. § 3 (2) BauGB wurden durch Beschluß des Rates der Stadt Overath vom 09.09.2004 die öffentliche Auflegung des Entwurfs des Bebauungsplanes beschlossen.
Der Entwurf des Bebauungsplanes einschließlich der Textfestsetzungen hat mit der Begründung in der Zeit vom 20.09.2004 bis 04.05.2004 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Mit Verfügung der Kreisplanung gem. § 6(2) BauGB wurden die Bebauungsplanentwürfe mit Schreiben vom 03.12.2004 dem Amtsgericht während der Auslegungsfrist zur Stellungnahme gem. § 3 (2) BauGB mit Schreiben vom 03.12.2004 zur Stellungnahme gem. § 3 (2) BauGB mitgeteilt.

Overath, den 15.12.04 — Bürgermeister

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Rat hat am 15.12.04 den Bebauungsplan gem. § 10 BauGB i.V. m. § 246a EGBAUGB als Satzung sowie die Begründung mit Umweltbericht beschlossen.

Overath, den 15.12.04 — Bürgermeister

INKRAFTTRETEN

Der Bebauungsplan hat die Genehmigung gem. § 10 BauGB erlangt (Genehmigungsverfügung vom 30.06.05 Sein Inhalt, daß der Bebauungsplan während der Dienststunden von jedermann eingesehen und jederzeit mit Wirkung für die Zukunft verzichtet werden kann.
Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Overath, den 30.06.05 — Bürgermeister

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Die Stadt Overath hat in ihrer Sitzung am 15.12.04 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.
Der Aufstellungsbeschluß ist am 07.02.05 ortsüblich bekanntgemacht.

Overath, den 15.12.04 — Bürgermeister

BETEILIGUNG TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 20.06.2003 bis zum 30.05.2003 an der Aufstellung dieses Planes beteiligt.

Overath, den 15.12.04 — Bürgermeister

ÄNDERUNGEN DEN ANREGUNGEN

Anregungen wurden von Anregungen gemäß Beschluß der Stadt Overath vom 09.12.04 berücksichtigt.

09.12.04 — § 13 BauGB

Overath, den 15.12.04 — Bürgermeister

AUSFERTIGUNG

Die Übereinstimmung des Inhaltes und sachlichen Angaben mit den Beschlüssen der Stadt Overath wird hiermit bestätigt. Es wird bestätigt, daß die Verfahren und die Erstellung des Bebauungsplanes ordnungsmäßig durchgeführt wurden.
Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes wurden beachtet.

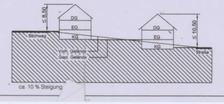
Overath, den 15.12.04 — Bürgermeister

HÖHENLAGE BAULICHER ANLAGEN (ALS ERGÄNZUNG ZU TEIL B, PUNKT 1.2 DER TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN): M. 1 : 500

SYSTEMSCHNITT A - A
FESTSETZUNG GEBÄUDEHÖHEN (Hangbereich)

TALSEITIGE EINZELHAUSBEBAUUNG WA 1
FOK EG bis max. 0.5 m über OK Straße
FH max. 8,50 m über OK Straße

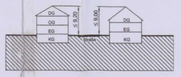
BERGSEITIGE EINZELHAUSBEBAUUNG WA 1
FOK EG min. 1,5 m bis max. 3,0 m über OK Straße
FH max. 10,50 m über OK Straße



SYSTEMSCHNITT B - B
FESTSETZUNG GEBÄUDEHÖHEN (ebenes Gelände)

EINZEL- UND DOPPELHAUSBEBAUUNG WA 2 H2
FOK EG bis max. 1,0 m über und max. 0,5 m unter OK Straße
FH max. 9,20 m über OK Straße

EINZELHAUSBEBAUUNG WA 1 H1
FOK EG bis max. 1,0 m über und max. 0,5 m unter OK Straße
FH max. 9,00 m über OK Straße



FOK Fußbodenoberkante
OK Oberkante
EG Erdgeschoß
UG Kellergeschoß
DG Dachgeschoß
FH Firsthöhe

TEIL B: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Planungsrechtliche Festsetzungen

1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB

- Im Allgemeinen Wohngebiet (WA) sind die gem. § 4 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Gartenbaubetriebe und Tankstellen nach § 1 (8) BauNVO ausgeschlossen.
- Die nach § 19 (4) Satz 1 und 2 BauNVO mögliche Überschreitung der max. zulässigen Grundflächenzahl (GRZ) wird gem. § 19 (4) Satz 3 BauNVO auf 20 % reduziert.
- Die der Versorgung des Gebietes dienenden Nebenanlagen sind gem. § 14 (2) BauNVO im Baugebiet ausnahmsweise zulässig soweit für sie im Bebauungsplan keine besonderen Flächen festgesetzt sind.

1.2 Höhenlage baulicher Anlagen § 9 (2) BauGB i.V. mit § 18 BauNVO

- Die in der Planzeichnung als Maximalwerte festgesetzten Firsthöhen beziehen sich auf die Straßenoberkante (OK Straße) und dürfen nicht überschritten werden.
- Die in der Planzeichnung als Minimal- und Maximalwerte festgesetzten Höhen für die Fußbodenoberkante Erdgeschoss (FOK EG) beziehen sich auf die Straßenoberkante (OK Straße) und dürfen nicht unter- bzw. überschritten werden.
- Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen ist die Höhe der Straßenoberkante der dem Baugrundstück erschließungstechnisch zugeordneten Verkehrsfläche (Straße), gemessen in der auf die Gesamtlänge (einschließlich von- und rückspringende Bauteile) bezogenen Mittelachse des Gebäudes.
- Bei der in der Planzeichnung als „bergseitig" gekennzeichneten Bebauung muß die FOK EG zwischen 1,50 m und 3,00 m über dem Bezugspunkt liegen.
- Bei der in der Planzeichnung als „talseitig" gekennzeichneten Bebauung darf die FOK EG bis zu 0,50 m über dem Bezugspunkt liegen.
- Bei der in der Planzeichnung mit den Symbolen H1 bzw. H2 gekennzeichneten Bebauung darf die FOK EG max. 0,50 m unter bzw. max. 1,0 m über dem Bezugspunkt liegen.

1.3 Bauweise und Stellung der baulichen Anlagen § 9 (1) Nr. 2 BauGB

- Im Allgemeinen Wohngebiet ist gem. § 22 (4) BauNVO eine abweichende Bauweise festgesetzt. Die Gebäude sind hierbei in offener Bauweise zu errichten mit einer maximalen Gebäudelänge - parallel zur öffentlichen Verkehrsfläche - von 15,0 m für Einzelhäuser und 16,0 m für Doppelhäuser.
- Ist die Stellung der baulichen Anlagen zeichnerisch nicht festgesetzt, ist die Hauptfirstrichtung der Gebäude entweder parallel oder in einem Winkel von 90° zur Erschließungsstraße festzusetzen. Eine Abweichung von dieser Vorgabe von bis zu 5° ist zulässig. Im Einzelfall sind Ausnahmen von dieser Regelung zulässig, wenn nachgewiesen wird, dass die Festsetzung der Firstrichtung wegen starker Hangneigung des Grundstücks zu städtebaulich unerwünschten Anpassungsformen führen würde.

1.4 Beschränkung der Wohnungszahl § 9 (1) Nr. 6 BauGB

- Im Allgemeinen Wohngebiet sind je Wohngebäude max. 2 eigenständige Wohneinheiten zulässig.

1.5 Zuordnung der Ausgleichsmaßnahmen § 9 (1 a) BauGB i.V. mit § 9 (1) Nr. 15, 20 und 25 BauGB

- Die in der Planzeichnung nach § 9 (1) Nr. 25 a BauGB festgesetzten Pflanzmaßnahmen sowie die externen Ausgleichsmaßnahmen sind anteilig entsprechend der nachfolgenden Aufstellung den Erschließungs- und Baumaßnahmen als Sammelausgleichsmaßnahme gem. §§ 9 (1 a) und 135 a-c BauGB wie folgt zugeordnet:

	Biotopwertverluste BW	Anteil am Biotopwertverlust* in %
Allgemeines Wohngebiet	31.580,5	86,4 %
Öffentliche Verkehrsflächen	3.274,5	9,0 %
Öffentliche Grünflächen	1.690,4	4,6 %
Gesamt	36.545,4	100 %

* Entfallender prozentualer Kostenanteil an den Gesamtkosten für die Realisierung aller Ausgleichsmaßnahmen (100 %)

1.6 Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 (1) Nr. 25 a BauGB in Verbindung mit Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 (1) Nr. 20 BauGB

Nach Maßgabe des landschaftspflegerischen Fachbeitrages werden folgende Arten empfohlen:

Wiederherstellung der beeinträchtigten Bereiche

- Eventuelle Beeinträchtigungen der Eichen und weitere verbleibender Bäume im Bereich der geplanten Grünfläche sind fachgerecht zu verzögern. Durch die Baumaßnahme entstandene Verdichtungen im Wurzelbereich der Bäume sind zu beheben.
- Auf den Pflanzgebieten sind heimisch angepasste Baumreihe ist entsprechend der vorhandenen Festsetzung zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Wiederbewaldung beinhaltet die Nachpflanzung von Heistern in lückigen Bereichen.
- Im nordöstlichen Bereich des Plangebietes wird die Baumreihe bis zur Plangebietsgrenze ergänzt.
- Die Pflege hat den dauerhaften Bestand zu sichern und die Brutzeiten der Vögel zu berücksichtigen.
- Pflanzdetails für nachzupflanzende **Heister** in den zu ernähnenden Baumhecken:

Pflanzenqualität:	Hei 2xv. m.B. 150-200 cm
Acer campestre	Feld-Ahorn
Acer platanoides	Spitzahorn
Carpinus betulus	Gewöhnliche Hainbuche
Prunus avium	Vogelkirsche
Sorbus aucuparia	Eberesche, Vogelbeere

Pflanzung von Einzelbäumen, standortgerecht

- Entlang der Verkehrswege ist je angefangene ca. 15,0 m Länge Verkehrsfläche mind. 1 hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen.
- Durch eine entsprechende sach- und fachgerechte Pflege sind die Bäume dauerhaft in ihrem Bestand zu sichern.
- Die Bäume sind mit Pflanzbindern zur Standsicherheit mit einer Dreibockerlage zu versehen. Die Baumbindung ist in regelmäßigen Abschnitten zu überprüfen.
- Die Bäume sind folgender Liste zu ernähnen:
  Laubbäume I. Ordnung: (Wuchshöhe über 20 m):

Pflanzenqualität:	H. 3xv. STU 18-20 cm
Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Bergahorn
Fagus sylvatica	Rotbuche
Fraxinus excelsior	gemeine Esche
Quercus petraea	Traubeneiche
Quercus robur	Stieleiche
Tilia cordata	Winterlinde
Tilia platyphyllos	Sommerlinde

  Laubbäume II. Ordnung (Wuchshöhe bis zu 20 m):

Pflanzenqualität:	H. 3xv. STU 18-20 cm
Acer campestre	Feld-Ahorn
Betula pendula	Sand-Birke
Carpinus betulus	Gewöhnliche Hainbuche
Prunus avium	Vogelkirsche
Sorbus aucuparia	Eberesche, Vogelbeere

Anlage von Hausgärten

- Im Allgemeinen Wohngebiet ist je Baugrundstück mind. ein Laubbaum zu pflanzen.
- Die zu pflanzenden Bäume sind folgenden Artenliste zu entnehmen:
  Laubbäume I. Ordnung (Wuchshöhe über 20 m):

Pflanzenqualität:	H. oder Stammbusch 3xv. STU 12-14 cm
Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Bergahorn
Fagus sylvatica	Rotbuche
Fraxinus excelsior	gemeine Esche
Quercus robur	Stieleiche
Tilia cordata	Winterlinde
Tilia platyphyllos	Sommerlinde

  Laubbäume II. Ordnung (Wuchshöhe bis zu 20 m):

Pflanzenqualität:	H. oder Stammbusch 3xv. STU 12-14 cm
Acer campestre	Feld-Ahorn
Betula pendula	Sand-Birke
Carpinus betulus	Gewöhnliche Hainbuche
Malus communis	Wildapfel
Prunus avium	Vogelkirsche
Pyrus communis	Wildbirne
Sorbus aucuparia	Eberesche, Vogelbeere

  Obststräucher

Pflanzenqualität:	H., Kronenansatz 1,80 m. 3xv. STU 8-10 cm

  Apfel: Weißer Klarapfel, Goldparmäne, Doppelter Luxemburger, Rheinischer Bohnapfel, Jakob Lebel, Zuccamaglios Renette, James Grieve, Kaiser Wilhelm, Winterrambur, Ontario, Boskoop, Rheinischer Winterrambur, Berlepsch

Birnen: Köstliche von Charneau, Gute Graue, Pastorenbirne, Gute Luise, Clapps Liebling
Kirsche, Zwetsche: Große Schwarze Knorpelkirsche, Hedelfinger Riesenkirsche, Schneiders Späte Knorpelkirsche, Schattenmorelle.
Haubzwetsche
Walnuß: Walnuss-Sämlinge

- Die Gehölze für die Schnitthecken sind folgender Artenliste zu entnehmen:
  Gehölze für Schnitthecken:
  Pflanzenqualität: mind. 2 Sträucher, 80-100 cm bis 125-150 cm

Acer campestre	Feldahorn
Carpinus betulus	Gewöhnliche Hainbuche
Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Hartriegel
Crataegus monogyna	Eingriffliger Weißdorn
Fagus sylvatica	Rotbuche
Ligustrum vulgare	Liguster

  je laufenden Meter sind 3 Pflanzen zu setzen

Erstellung und Entwicklung der Grünanlage und des Spielplatzes

- Die geplante Grünfläche mit Spielplatz wird durch verbleibende Gehölze des ehemaligen Feldgehölzes strukturiert.
- Die Versiegelung der Anlage ist so gering wie möglich zu halten.
- Bei Neupflanzungen ist standortheimischen Gehölzen der Vorzug zu geben. Bäume sind den oben aufgeführten Artenlisten zu entnehmen. Die Strauchpflanzen sind folgender Artenliste zu entnehmen.
  Sträucher:

Pflanzenqualität:	mind. 2 bis 3xv., 80-100 cm bis 125-150 cm
Cornus sanguinea	Hartriegel (nicht im Spielplatzbereich)
Corylus avellana	Hasel
Crataegus laevigata	Zweigriffliger Weißdorn (nicht im Spielplatzbereich)
Crataegus monogyna	Eingriffliger Weißdorn (nicht im Spielplatzbereich)
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen (nicht im Spielplatzbereich)
Ilex aquifolium	Stechpalme (nicht im Spielplatzbereich)
Prunus spinosa	Schlehe (nicht im Spielplatzbereich)
Rhamnus frangula	Faulbaum (nicht im Spielplatzbereich)
Ribes uva-crispa	Wilde Stachelbeere
Rosa canina	Hundsrose (nicht im Spielplatzbereich)
Salix aurita	Ohrweide
Salix caprea	Salweide
Salix cinerea	Grauweide
Salix purpurea	Purpurweide
Salix triandra	Mandelweide
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder (nicht im Spielplatzbereich)
Sambucus racemosa	Trauben - Holunder (nicht im Spielplatzbereich)
Viburnum opulus	Gemeiner Schneeball (nicht im Spielplatzbereich)

1.7 Flächen für Aufschüttungen und Abgrabungen (Straßenböschungen) § 9 (1) Nr. 26 BauGB

- Die zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlichen Böschungen (Aufschüttungen, Abgrabungen) sind von den Anliegern auf den privaten Grundstücken zu dulden und in die Gartengestaltung mit einzubeziehen. Modellierungen der Böschungen auf den Privatgrundstücken sind zulässig.

2. Bauordnungsrechtliche Vorschriften § 9 (4) BauGB i.V. mit § 86 (1) und (6) BauONRW

2.1 Einfriedungen

- Zur öffentlichen Verkehrsfläche hin sind Einfriedungen über eine Höhe von 1,0 m nur innerhalb lebender Hecken zulässig.

2.2 Stützmauern

- Private Stützmauern sind nur bis zu einer Höhe von 1,30 m zulässig. Sie sind zu begrünen.

2.3 Dächer

- Die Dächer sind in grau- bis anthrazitfarbenen sowie dunkelbraun- bis rotbraunem Material zu decken. Nicht zulässig ist die Verwendung von hellen und reflektierenden Materialien für die Eindeckung von Dachflächen. Ausgenommen sind die Materialien von Einrichtungen, die der solaren Energiegewinnung dienen.
- Es sind nur Satteldach und Walmdächer zulässig. Diese müssen im Wohngebiet WA 1 eine Dachneigung von 35 - 45°, im Wohngebiet WA 2 eine Dachneigung von 30 - 45° aufweisen. Die beiden Hälften eines Doppelhauses müssen die gleiche Dachform und -neigung aufweisen. Für Garagen sind Satteldächer mit einer Dachneigung von 30 - 45° sowie begrünte Flachdächer zulässig. Bei traufseitig angebauten Garagen sind Pultdächer mit einer Mindestdachneigung von 20° zulässig.
- Gauben oder ähnliche Dachaufbauten dürfen eine Breite von max. 4,00 m aufweisen und in der Summe max. die Hälfte der Trauflänge der zugehörigen Dachfläche betragen. Der Abstand von Gauben oder ähnlichen Dachaufbauten untereinander, zu Firsten und Ortgängen muss mindestens 1,0 m betragen. Bei Ortgängen zählt als Messpunkt der Schnittpunkt zwischen Außenwand und Dachhaut.
- Solarkollektoren und sonstige Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energie sind flächenbündig in das Dach zu integrieren oder in gleicher Neigung wie das Dach aufzusetzen. Bei Flachdächern dürfen die Solarkollektoren die OK Dach um bis zu 1,50 m überschreiten.

2.4 Freiflächen

- Die nicht Überbauten Grundstücksteile sind - abgesehen von den notwendigen Flächen für Nebenanlagen, Zufahrt oder Stellplatzflächen - gärtnerisch anzulegen, zu erhalten und mit laubenden Hecken oder Anpflanzungen gem. Punkt 1.6 Hauptgrünen einzufreden. Die Anpflanzung von Nadelgehölzen innerhalb des Grundstückes darf einen Anteil von 30 % des Gehölzbestandes nicht überstegen.
- Stellplätze für Abfallbehälter sind so mit Laubgehölzen und Hecken zu umpflanzen, dass sie von öffentlichen Verkehrswegen aus nicht eingesehen werden können (Ahten gem. Punkt 1.6).

3. Hinweise

3.1 Bodendenkmale

- Vor- und frühgeschichtliche Funde sind unverzüglich der Gemeinde oder dem Landschaftsverband (Rheinisches Amt für Bodendenkmalpflege) zu melden, in unveränderterm Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen (§§ 15 – 16 DSchG).

3.2 Kampfmittel

- Beim Auffinden von Bombenblindgängern / Kampfmitteln während der Erd-/ Bauarbeiten sind aus Sicherheitsgründen die Arbeiten sofort einzustellen und die nächtsgelegene Polizeidienststelle oder der Kampfmittelräumdienst (Zeughausstraße 2-10, Köln, 0221/147-0) zu verständigen.

3.3 Energieversorgung

- Das ausgewiesene Baugebiet wird hoch- und niederspannungsseitig mittels Erdkabel mit elektrischer Energie versorgt.

3.4 Freianlagen

- Bei der Pflege der Grünflächen ist möglichst auf die Verwendung von Pestiziden zu verzichten.

3.5 Oberboden

- Der bei dem Bauarbeiten anfallende Oberboden und der kulturfähige Unterboden sollen gem. § 202 BauGB auf dem jeweiligen Grundstück zur Herstellung von Vegetationsflächen wieder aufgetragen werden, hierbei ist die DIN 18 915 zu beachten.

3.6 Vegetationsschutz

- Bei der Abwicklung der Bauarbeiten sind bestehende und zu ernatende Gehölzbestände gem. DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen zu schützen.

3.7 Fluglärm

- Das Bauvorhaben liegt in einem Gebiet mit Flugaufkommen, sodass Fluglärmbelästigungen grundsätzlich nicht auszuschließen sind.

PLANZEICHENERKLÄRUNG

WA 1	
0,3	I
a	E
DF: SD,WD	DN: 30 - 45°

- WA — Allgemeines Wohngebiet Nr. 1 (§ 4 BauNVO)
- 0,3 — Max. zulässige Grundflächenzahl (GRZ) (§ 19 BauNVO)
- I — Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (§ 16 BauNVO)
- a — Abweichende Bauweise (§ 22 (2) BauNVO)
- E — Nur Einzelhäuser zulässig (§ 22 (2) BauNVO)
- ED — Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig (§ 22 (2) BauNVO)
- SD,WD — Zulässige Dachform: Satteldach, Walmdach
- 30 - 45° — Zulässige Dachneigung 30 - 45°
- ENTFRAGUNGEN IN DIE NUTZUNGSSCHABLONE NUR BEISPIELHAFT

ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)

- WA — Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

BAUGRENZEN (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB)

- Baugrenze (§ 23 (3) BauNVO)

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)

- Straßenverkehrsfläche
- Straßenbegrenzungslinie
- Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
- öffentliche Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung
- A — Fuß- und Radweg
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

FLÄCHE FÜR VERSORGUNGSANLAGEN (§ 9 (1) Nr. 12 BauGB)

- Fläche für Versorgungsanlagen

Zweckbestimmung:

- Tr — Elektrizität (Trafo)
- Fe — Elektrizität (Telekommunikation)

GRÜNFLÄCHEN (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)

- Grünfläche

Zweckbestimmung:

- Spielplatz (öffentlich)
- Parkanlage (öffentlich)
- Gartenland (privat)

FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSERABFLUSSES (§ 9 (1) Nr. 16 und (8) BauGB)

- WSG III — Wasserschutzgebiet Zone III

ANPFLANZUNG UND ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN (§ 9 (1) Nr. 25 BauGB)

- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern. (§ 9 (1) Nr. 25 a und (6) BauGB)
- Erhaltung von Bäumen (§ 9 (1) Nr. 25 b BauGB)

SONSTIGE PLANZEICHEN

- Umgrenzung von Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 (1) Nr. 4 und 22 BauGB)

Zweckbestimmung:

- St — Stellplätze
- Ga — Garagen
- Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (§ 9 (1) Nr. 21 BauGB) Nr. 1 zugunsten der Stadtwerke Overath
- Flächen für Abgrabungen, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind (§ 9 (1) Nr. 26 BauGB)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 (7) BauGB)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

ERGÄNZENDE PLANZEICHEN

- Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB)
- Systemschnitt
- N — Höhenfestsetzung für talseitige Bebauung
- N — Höhenfestsetzung für bergseitige Bebauung
- H2 — Höhenfestsetzung für Einzel- und Doppelhausbebauung (ebenes Gelände)
- H1 — Höhenfestsetzung für Einzelhausbebauung (ebenes Gelände)
- vorgeschlagene Grundstücksgrenze (keine Festsetzung)

STADT OVERATH

Bebauungsplan Nr. 103
"Overath - Marialinden, Alter Sportplatz"
Rechtsplan

Maßstab: 1 : 500 — Stand: 12.01.2005

0 10 20 30 m

planungsgruppe hardtberg GmbH
Architekten und Stadtplaner
Dipl.-Ing. Peter Hardtberg
Dipl.-Ing. Ulrich Hardtberg
Dipl.-Ing. Ulrich Hardtberg
Dipl.-Ing. Ulrich Hardtberg